

**Dr. Wolfgang Mückstein**  
Bundesminister

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.519.626

Wien, 6.9.2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftlichen parlamentarischen **Anfragen Nr. 7428/J, Nr. 7429/J, Nr. 7430/J, Nr. 7431/J, Nr. 7432/J, Nr. 7433/J, Nr. 7434/J, Nr. 7435/J und Nr. 7436/J der Abgeordneten Kaniak, Wurm, Ragger, Belakowitsch und weiterer Abgeordneter betreffend Engpässe bei zahnärztlicher Versorgung in den Bundesländern Oberösterreich, Tirol, Kärnten, Wien, Vorarlberg, Steiermark, Salzburg, Niederösterreich und Burgenland** wie folgt:

Vorauszuschicken wäre zu sämtlichen Anfragen, dass sich diese primär auf Fragen des Vollzugs durch die Krankenversicherungsträger beziehen. Ungeachtet der Tatsache, dass dieser an sich nicht Gegenstand des Interpellationsrechtes nach Art. 52 B-VG ist, hat das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz eine Stellungnahme des Dachverbands der Sozialversicherungsträger eingeholt, der dazu wiederum die einzelnen Krankenversicherungsträger befragt hat. Diese Stellungnahme wurde der Beantwortung zu Grunde gelegt.

**Parlamentarische Anfrage Nr. 7428/J betreffend Engpässe bei zahnärztlicher Versorgung im Bundesland Oberösterreich**

**Frage 1: Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Oberösterreich vorgesehen?**

Nach Auskunft des Dachverbandes gibt es bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) in Oberösterreich 381 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte. Darüber hinaus wird die zahnmedizinische Versorgung durch 13 Zahngesundheitszentren der ÖGK in Bad Ischl, Braunau, Freistadt, Gmunden, Linz (3 Standorte), Schärding, Steyr (2 Standorte), Steyrmühl, Vöcklabruck und Wels gewährleistet; dazu kommt noch ein Zahngesundheitszentrum für Kinder und Jugendliche (KIDZ) in Linz.

Die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) teilt mit, dass sie generell keinen Stellenplan für Zahnärztinnen und -ärzte führe, weshalb es auch keine Planstellen gebe. Die SVS habe jedoch ein eigenes Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen, wobei die Zahnärztinnen und -ärzte, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, bei der SVS als Vertragsärztinnen bzw. -ärzte geführt werden. Diese Vorgangsweise gelte bundesweit.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

**Frage 2: Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Oberösterreich besetzt?**

Bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) sind – der Stellungnahme des Dachverbands zufolge – in Oberösterreich derzeit 353 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte besetzt. Zwei weitere Planstellen können ab dem 4. Quartal 2021 und vier weitere Planstellen voraussichtlich zu einem späteren Zeitpunkt besetzt werden.

22 Planstellen sind bei der ÖGK aktuell unbesetzt. Es handelt sich dabei um Planstellen, die ausgeschrieben wurden und mindestens ein Quartal unbesetzt geblieben sind und um Planstellen mit pausierten Ausschreibungen (wenn eine Planstelle für längere Zeit nicht besetzt wird, ist es mitunter sinnvoll, dass die Ausschreibung für einen begrenzten Zeitraum pausiert wird). Weitere Bemühungen die Planstelle nachzubesetzen, bleiben aufrecht.

Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS): Wie bereits zur Frage 1 ausgeführt, führt die SVS keinen Stellenplan, hat jedoch ein Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen. Die Zahl der Zahnärztinnen und -ärzte und Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden, die eine entsprechende

Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen (Stand Juli 2021).

Bundesland	Zahnärztinnen/Zahnärzte und Kieferorthopädinnen/Kieferorthopäden
Wien	720
Niederösterreich	449
Burgenland	84
Oberösterreich	359
Steiermark	399
Kärnten	198
Salzburg	161
Tirol	198
Vorarlberg	94
<b>Österreich</b>	<b>2.662</b>

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

#### Fragen 3 und 4:

- Sind Ihnen Beschwerden von Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung im Bundesland Oberösterreich bekannt?
- Wenn ja, welcher Art sind diese Beschwerden in diesem Zusammenhang?

Der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) wurden in den Jahren 2020 und 2021 in Oberösterreich 14 Beschwerdefälle über Vertragszahnärztinnen und -ärzte bekannt. Ganz überwiegend handelte es sich bei diesen Beschwerden um Probleme in Zusammenhang mit der Behandlung (*Verhalten der Vertragszahnärztin / des Vertragszahnarztes, Behandlungszwischenfälle, Kommunikationsprobleme auf persönlicher Ebene, vermutete Behandlungsfehler, Privatleistungen*). Zwei dieser Beschwerden haben die Themen *Ablehnung der Behandlung* und eine das Thema *zu lange Wartezeit auf eine Folgebehandlung* betroffen.

Die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) meldet keine Beschwerden über die zahnärztliche Versorgung.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) erhält vereinzelt Beschwerden über Terminprobleme, die zumeist jedoch aufgeklärt werden können. Bei der Versorgung von Schmerzpatientinnen und -patienten sind keine Beschwerden bekannt.

Die fachlich zuständige Organisationseinheit des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wurde in den Jahren 2020 und 2021 mit rund zwanzig einschlägigen Einzelanfragen befasst, die sich inhaltlich in erster Linie auf Fragen des Leistungsrechts, insbesondere der Kostenübernahme, beziehen. Eine genaue Zuordnung der bearbeiteten Anfragen zu einem bestimmten Bundesland ist jedoch nicht möglich, weil diese Information nur bei einem Teil der Anfragen bekannt ist. Darüber hinaus erscheint eine Differenzierung nach Bundesland nach h. D. fürhalten auch nicht sinnvoll, zumal dies bei einem Großteil der Fälle – nämlich für eine Beurteilung der Kostenübernahme durch den Versicherungsträger – nicht relevant ist.

#### **Fragen 5 und 6:**

- *Welche Maßnahmen wollen Sie setzen, um die zahnärztliche Versorgung im Bundesland Oberösterreich zu verbessern?*
- *Welche Anreize bieten Sie bzw. Ihr Ministerium, um Zahnarztpraxen im niedergelassenen Bereich im Bundesland Oberösterreich zu besetzen?*

Aus Sicht des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz kann lediglich angemerkt werden, dass es hinsichtlich des niedergelassenen Bereiches in der Ingerenz der Krankenversicherungsträger liegt, im Rahmen der ihnen vom Gesetzgeber, insbesondere hinsichtlich des Vertragsrechtes, eingeräumten Selbstverwaltung ausreichend Versorgungsangebote bereitzustellen sowie Maßnahmen zu setzen und Anreize zu schaffen, um das Interesse der Zahnärztinnen und -ärzte zu wecken, in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger tätig zu sein.

Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) merkt hiezu Folgendes an:

*„Das Projekt „Zahnpass“ widmet sich in Oberösterreich speziell der Verbesserung der zahnärztlichen Versorgung von Kindern von 5 bis 14 Jahren mit einem erhöhten Kariesrisiko. Liegt ein solches vor, erhalten die betroffenen Kinder einen Zahnpass und können damit bestimmte (Vorsorge-)Leistungen gratis in zahnärztlichen Ordinationen in Anspruch nehmen.“*

*Zahnärztliche Untersuchungen bzw. Behandlungen von Kindern sind auch im Vorsorgeheft des Landes Oberösterreich enthalten. Werden die notwendigen Untersuchungen bzw. Behandlungen absolviert, wird vom Land Oberösterreich ein Mutter-Kind-Zuschuss bezahlt.*

*Die ÖGK bietet darüber hinaus durch Kooperationen mit Krankenanstaltenträgern unter bestimmten Voraussetzungen Zahnbehandlungen in Vollnarkose für Kinder sowie für Erwachsene mit bestimmten Beeinträchtigungen an.*

*Anreize werden dadurch geschaffen, dass die Möglichkeit von zahnärztlichem Jobsharing angeboten wird. Vertragszahnärzte können unter bestimmten Voraussetzungen (Kinderbetreuung, Erkrankung, Altersteilzeit, Fort- und Weiterbildung, Ausbildung von „Juniorpartner“) bis zu 50 % ihrer vertraglichen Tätigkeit an einen frei gewählten Jobsharing-Partner übertragen. Das Jobsharing ermöglicht Teilzeitarbeit und integriert jüngere Zahnärzte früher in die vertragszahnärztliche Versorgung.“*

Weiters setzt der von Bund, den Ländern und der Sozialversicherung im Rahmen der partnerschaftlichen Zielsteuerung-Gesundheit gemeinsam erarbeitete und beschlossene Österreichische Strukturplan Gesundheit (ÖSG) einen österreichweit verbindlichen Rahmen für die regionale und sektorale Detailplanung der Gesundheitsversorgung. Der ÖSG zielt auf eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige, möglichst gleichmäßig verteilte und bestmöglich erreichbare Versorgung ab. Er tut dies u.a. mittels Richtwerten hinsichtlich Erreichbarkeit und Dichte für Versorgungsangebote im ambulanten Bereich. Dies gilt auch für die ambulante Versorgung im Fachbereich Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde.

**Parlamentarische Anfrage Nr. 7429/J betreffend Engpässe bei zahnärztlicher Versorgung im Bundesland Tirol**

**Frage 1: *Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Tirol vorgesehen?***

Nach Auskunft des Dachverbandes gibt es bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) in Tirol 228 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte. Darüber hinaus erfolgt die zahnmedizinische Versorgung durch das Zahngesundheitszentrum der ÖGK in Innsbruck.

Die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) teilt mit, dass sie generell keinen Stellenplan für Zahnärztinnen und -ärzte führe, weshalb es auch keine Planstellen gebe. Die SVS habe jedoch ein eigenes Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen, wobei die Zahnärztinnen und -ärzte, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, bei der SVS als Vertragsärztinnen bzw. -ärzte geführt werden. Diese Vorgangsweise gelte bundesweit.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

**Frage 2: *Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Tirol besetzt?***

Bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) sind – der Stellungnahme des Dachverbands zufolge – in Tirol 175 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte besetzt. Vier weitere Planstellen können voraussichtlich zeitnah besetzt werden.

49 Planstellen sind bei der ÖGK aktuell unbesetzt. Es handelt sich dabei um Planstellen, die ausgeschrieben wurden und mindestens ein Quartal unbesetzt geblieben sind und um Planstellen mit pausierten Ausschreibungen (wenn eine Planstelle für längere Zeit nicht besetzt wird, ist es mitunter sinnvoll, dass die Ausschreibung für einen begrenzten Zeitraum pausiert wird). Weitere Bemühungen die Planstelle nachzubesetzen, bleiben aufrecht.

Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS): Wie bereits zur Frage 1 ausgeführt, führt die SVS keinen Stellenplan, hat jedoch ein Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen. Die Zahl der Zahnärztinnen und -ärzte und Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen (Stand Juli 2021).

Bundesland	Zahnärztinnen/Zahnärzte und Kieferorthopädinnen/Kieferorthopäden
Wien	720
Niederösterreich	449
Burgenland	84
Oberösterreich	359
Steiermark	399
Kärnten	198
Salzburg	161
Tirol	198
Vorarlberg	94
<b>Österreich</b>	<b>2.662</b>

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

#### Fragen 3 und 4:

- Sind Ihnen Beschwerden von Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung im Bundesland Tirol bekannt?
- Wenn ja, welcher Art sind diese Beschwerden in diesem Zusammenhang?

Der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) sind Beschwerden von Patientinnen und Patienten im Tiroler Unterland (insbesondere in den Bezirken Schwaz, Kufstein und Kitzbühel) über lange Wartezeiten auf einen Termin bekannt.

Der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) liegen keine Beschwerden über die zahnärztliche Versorgung vor.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) erhält vereinzelt Beschwerden über Terminprobleme, die zumeist jedoch aufgeklärt werden können. Bei der Versorgung von Schmerzpatientinnen und –patienten sind keine Beschwerden bekannt.

Die fachlich zuständige Organisationseinheit des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wurde in den Jahren 2020 und 2021 mit rund zwanzig einschlägigen Einzelanfragen befasst, die sich inhaltlich in erster Linie auf Fragen des Leistungsrechts, insbesondere der Kostenübernahme, beziehen. Eine genaue

Zuordnung der bearbeiteten Anfragen zu einem bestimmten Bundesland ist jedoch nicht möglich, weil diese Information nur bei einem Teil der Anfragen bekannt ist. Darüber hinaus erscheint eine Differenzierung nach Bundesland nach ho. Dafürhalten auch nicht sinnvoll, zumal dies bei einem Großteil der Fälle – nämlich für eine Beurteilung der Kostenübernahme durch den Versicherungsträger – nicht relevant ist. Lediglich im Bundesland Tirol sind der fachlich zuständigen Organisationseinheit des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz im oben genannten Zeitraum zwei Eingaben im Zusammenhang mit Nachbesetzungsproblemen bei Vertragszahnärztinnen und -ärzten bekannt.

#### **Fragen 5 und 6:**

- *Welche Maßnahmen wollen Sie setzten, um die zahnärztliche Versorgung im Bundesland Tirol zu verbessern?*
- *Welche Anreize bieten Sie bzw. Ihr Ministerium, um Zahnarztpraxen im niedergelassenen Bereich im Bundesland Tirol zu besetzen?*

Aus Sicht des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz kann lediglich angemerkt werden, dass es hinsichtlich des niedergelassenen Bereiches in der Ingerenz der Krankenversicherungsträger liegt, im Rahmen der ihnen vom Gesetzgeber, insbesondere hinsichtlich des Vertragsrechtes, eingeräumten Selbstverwaltung ausreichend Versorgungsangebote bereitzustellen sowie Maßnahmen zu setzen und Anreize zu schaffen, um das Interesse der Zahnärztinnen und -ärzte zu wecken, in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger tätig zu sein.

Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) merkt hiezu an, dass derzeit Gespräche über ein mögliches Zahngesundheitszentrum in Kitzbühel stattfinden. Die Honorierung für zahnärztliche Bereitschaftsdienste wurde außerdem durch die Erhöhung der Pauschale verbessert. Darüber hinaus ist die ÖGK in enger Abstimmung mit der Landes Zahnärztekammer, um insbesondere auch in der aktuellen Pensionierungswelle Nachbesetzungen sicherzustellen.

Darüber hinaus werden Anreize dadurch geschaffen, dass die Möglichkeit von zahnärztlichem Jobsharing angeboten wird. Vertragszahnärztinnen und -ärzte können unter bestimmten Voraussetzungen (Kinderbetreuung, Erkrankung, Altersteilzeit, Fort- und Weiterbildung, Ausbildung von „Juniorpartner“) bis zu 50 % ihrer vertraglichen Tätigkeit an eine frei gewählte Jobsharing-Partnerin oder einen frei gewählten Jobsharing-Partner



übertragen. Das Jobsharing ermöglicht Teilzeitarbeit und integriert jüngere Zahnärztinnen und -ärzte früher in die vertragszahnärztliche Versorgung.

Weiters setzt der von Bund, den Ländern und der Sozialversicherung im Rahmen der partnerschaftlichen Zielsteuerung-Gesundheit gemeinsam erarbeitete und beschlossene Österreichische Strukturplan Gesundheit (ÖSG) einen österreichweit verbindlichen Rahmen für die regionale und sektorale Detailplanung der Gesundheitsversorgung. Der ÖSG zielt auf eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige, möglichst gleichmäßig verteilte und bestmöglich erreichbare Versorgung ab. Er tut dies u.a. mittels Richtwerten hinsichtlich Erreichbarkeit und Dichte für Versorgungsangebote im ambulanten Bereich. Dies gilt auch für die ambulante Versorgung im Fachbereich Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde.

**Parlamentarische Anfrage Nr. 7430/J betreffend Engpässe bei zahnärztlicher Versorgung im Bundesland Kärnten**

**Frage 1: Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Kärnten vorgesehen?**

Nach Auskunft des Dachverbandes gibt es bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) in Kärnten 180 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte. Darüber hinaus erfolgt die zahnmedizinische Versorgung durch fünf Zahngesundheitszentren der ÖGK in Klagenfurt, Villach, Spittal/Drau, Wolfsberg und Völkermarkt.

Die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) teilt mit, dass sie generell keinen Stellenplan für Zahnärztinnen und -ärzte führe, weshalb es auch keine Planstellen gebe. Die SVS habe jedoch ein eigenes Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen, wobei die Zahnärztinnen und -ärzte, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, bei der SVS als Vertragsärztinnen bzw. -ärzte geführt werden. Diese Vorgangsweise gelte bundesweit.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

**Frage 2: Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Kärnten besetzt?**

Bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) sind – der Stellungnahme des Dachverbands zufolge – in Kärnten derzeit 175 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte besetzt. Vier weitere Planstellen können voraussichtlich zeitnah besetzt werden.

Eine Planstelle ist bei der ÖGK aktuell unbesetzt. Unbesetzte Planstellen sind solche Planstellen, die ausgeschrieben wurden und mindestens ein Quartal unbesetzt geblieben sind und Planstellen mit pausierten Ausschreibungen (wenn eine Planstelle für längere Zeit nicht besetzt wird, ist es mitunter sinnvoll, dass die Ausschreibung für einen begrenzten Zeitraum pausiert wird). Weitere Bemühungen die Planstelle nachzubesetzen, bleiben aufrecht.

Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS): Wie bereits zur Frage 1 ausgeführt, führt die SVS keinen Stellenplan, hat jedoch ein Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen. Die Zahl der Zahnärztinnen und -ärzte und Kieferorthopädinnen bzw. Kieferorthopäden, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen (Stand Juli 2021).

Bundesland	Zahnärztinnen/Zahnärzte und Kieferorthopädinnen/Kieferorthopäden
Wien	720
Niederösterreich	449
Burgenland	84
Oberösterreich	359
Steiermark	399
Kärnten	198
Salzburg	161
Tirol	198
Vorarlberg	94
<b>Österreich</b>	<b>2.662</b>

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

#### Fragen 3 und 4:

- Sind Ihnen Beschwerden von Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung im Bundesland Kärnten bekannt?
- Wenn ja, welcher Art sind diese Beschwerden in diesem Zusammenhang?

Der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) und der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) sind keine Beschwerden von Patientinnen und Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung in Kärnten bekannt.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) erhält vereinzelt Beschwerden über Terminprobleme, die zumeist jedoch aufgeklärt werden können. Bei der Versorgung von Schmerzpatientinnen bzw. Schmerzpatienten sind keine Beschwerden bekannt.

Die fachlich zuständige Organisationseinheit des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wurde in den Jahren 2020 und 2021 mit rund zwanzig einschlägigen Einzelanfragen befasst, die sich inhaltlich in erster Linie auf Fragen des Leistungsrechts, insbesondere der Kostenübernahme, beziehen. Eine genaue Zuordnung der bearbeiteten Anfragen zu einem bestimmten Bundesland ist jedoch nicht möglich, weil diese Information nur bei einem Teil der Anfragen bekannt ist. Darüber hinaus

erscheint eine Differenzierung nach Bundesland nach ho. Dafürhalten auch nicht sinnvoll, zumal dies bei einem Großteil der Fälle – nämlich für eine Beurteilung der Kostenübernahme durch den Versicherungsträger – nicht relevant ist.

#### **Fragen 5 und 6:**

- *Welche Maßnahmen wollen Sie setzten, um die zahnärztliche Versorgung im Bundesland Kärnten zu verbessern?*
- *Welche Anreize bieten Sie bzw. Ihr Ministerium, um Zahnarztpraxen im niedergelassenen Bereich im Bundesland Kärnten zu besetzen?*

Aus Sicht des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz kann lediglich angemerkt werden, dass es hinsichtlich des niedergelassenen Bereiches in der Ingerenz der Krankenversicherungsträger liegt, im Rahmen der ihnen vom Gesetzgeber, insbesondere hinsichtlich des Vertragsrechtes, eingeräumten Selbstverwaltung ausreichend Versorgungsangebote bereitzustellen sowie Maßnahmen zu setzen und Anreize zu schaffen, um das Interesse der Zahnärztinnen und -ärzte zu wecken, in diesem Bereich und in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger tätig zu sein.

Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) merkt ergänzend an, dass aktuell keine entsprechenden Maßnahmen notwendig sind, weil eine flächendeckende zahnärztliche Versorgung sichergestellt ist.

Anreize werden dadurch geschaffen, dass die Möglichkeit von zahnärztlichen Jobsharing angeboten wird. Vertragszahnärztinnen/-ärzte können unter bestimmten Voraussetzungen (Kinderbetreuung, Erkrankung, Altersteilzeit, Fort- und Weiterbildung, Ausbildung von „Juniorpartner“) bis zu 50 % ihrer vertraglichen Tätigkeit an eine/n frei gewählte/n Jobsharing-Partnerin oder Jobsharing-Partner übertragen. Das Jobsharing ermöglicht Teilzeitarbeit und integriert jüngere Zahnärztinnen und -ärzte früher in die vertragszahnärztliche Versorgung.

Weiters setzt der von Bund, den Ländern und der Sozialversicherung im Rahmen der partnerschaftlichen Zielsteuerung-Gesundheit gemeinsam erarbeitete und beschlossene Österreichische Strukturplan Gesundheit (ÖSG) einen österreichweit verbindlichen Rahmen für die regionale und sektorale Detailplanung der Gesundheitsversorgung. Der ÖSG zielt auf eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige, möglichst gleichmäßig verteilte und bestmöglich erreichbare Versorgung ab. Er tut dies u.a. mittels Richtwerten hinsichtlich

Erreichbarkeit und Dichte für Versorgungsangebote im ambulanten Bereich Dies gilt auch für die ambulante Versorgung im Fachbereich Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde.

**Parlamentarische Anfrage Nr. 7431/J betreffend Engpässe bei zahnärztlicher Versorgung im Bundesland Wien**

**Frage 1: Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Wien vorgesehen?**

Nach Auskunft des Dachverbandes gibt es bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) in Wien 725 Planstellen für Zahnärztinnen/-ärzte. Darüber hinaus erfolgt die zahnmedizinische Versorgung durch acht Zahngesundheitszentren der ÖGK in den Bezirken Innere Stadt, Landstraße, Mariahilf, Favoriten, Simmering, Hernals, Floridsdorf und Liesing.

Die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) teilt mit, dass sie generell keinen Stellenplan für Zahnärztinnen und -ärzte führe, weshalb es auch keine Planstellen gebe. Die SVS habe jedoch ein eigenes Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen, wobei die Zahnärztinnen und -ärzte, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, bei der SVS als Vertragsärztinnen und -ärzte geführt werden. Diese Vorgangsweise gelte bundesweit.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

**Frage 2: Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Wien besetzt?**

Bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) sind – der Stellungnahme des Dachverbands zufolge – in Wien 618 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte besetzt. 107 weitere Planstellen können voraussichtlich zeitnah besetzt werden.

Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS): Wie bereits zur Frage 1 ausgeführt, führt die SVS keinen Stellenplan, hat jedoch ein Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen. Die Zahl der Zahnärztinnen und -ärzte und Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen (Stand Juli 2021).

Bundesland	Zahnärztinnen/Zahnärzte und Kieferorthopädinnen/Kieferorthopäden
Wien	720
Niederösterreich	449
Burgenland	84
Oberösterreich	359
Steiermark	399
Kärnten	198
Salzburg	161
Tirol	198
Vorarlberg	94
<b>Österreich</b>	<b>2.662</b>

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

#### Fragen 3 und 4:

- Sind Ihnen Beschwerden von Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung im Bundesland Wien bekannt?
- Wenn ja, welcher Art sind diese Beschwerden in diesem Zusammenhang?

Der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) und der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) sind keine Beschwerden von Patientinnen bzw. Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung in Wien bekannt.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) erhält vereinzelt Beschwerden über Terminprobleme, die zumeist jedoch aufgeklärt werden können. Bei der Versorgung von Schmerzpatientinnen und Schmerzpatienten sind keine Beschwerden bekannt.

Die fachlich zuständige Organisationseinheit des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wurde in den Jahren 2020 und 2021 mit rund zwanzig einschlägigen Einzelanfragen befasst, die sich inhaltlich in erster Linie auf Fragen des Leistungsrechts, insbesondere der Kostenübernahme, beziehen. Eine genaue Zuordnung der bearbeiteten Anfragen zu einem bestimmten Bundesland ist jedoch nicht möglich, weil diese Information nur bei einem Teil der Anfragen bekannt ist. Darüber hinaus

erscheint eine Differenzierung nach Bundesland nach ho. Dafürhalten auch nicht sinnvoll, zumal dies bei einem Großteil der Fälle – nämlich für eine Beurteilung der Kostenübernahme durch den Versicherungsträger – nicht relevant ist.

#### **Fragen 5 und 6:**

- *Welche Maßnahmen wollen Sie setzten, um die zahnärztliche Versorgung im Bundesland Wien zu verbessern?*
- *Welche Anreize bieten Sie bzw. Ihr Ministerium, um Zahnarztpraxen im niedergelassenen Bereich im Bundesland Wien zu besetzen?*

Aus Sicht des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz kann lediglich angemerkt werden, dass es hinsichtlich des niedergelassenen Bereiches in der Ingerenz der Krankenversicherungsträger liegt, im Rahmen der ihnen vom Gesetzgeber, insbesondere hinsichtlich des Vertragsrechtes, eingeräumten Selbstverwaltung ausreichend Versorgungsangebote bereitzustellen sowie Maßnahmen zu setzen und Anreize zu schaffen, um das Interesse der Zahnärztinnen und -ärzte zu wecken, in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger tätig zu sein.

Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) merkt dazu Folgendes an:

*„In einzelnen Bereichen, wie etwa in der Narkosebehandlung, dem zahnärztlichen Notdienst und der Behandlung von beeinträchtigten Patienten, wurden von der ÖGK zusätzlich zu den Einzelverträgen mit Zahnärzten auch Verträge mit anderen Anbietern geschlossen. Dadurch konnte die Versorgungssituation im Fachgebiet Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde verbessert und erweitert werden.*

*Anreize werden dadurch geschaffen, dass die Möglichkeit von zahnärztlichem Jobsharing angeboten wird. Vertragszahnärzte können unter bestimmten Voraussetzungen (Kinderbetreuung, Erkrankung, Altersteilzeit, Fort- und Weiterbildung, Ausbildung von „Juniorpartner“) bis zu 50 % ihrer vertraglichen Tätigkeit an einen frei gewählten Jobsharing-Partner übertragen. Das Jobsharing ermöglicht Teilzeitarbeit und integriert jüngere Zahnärzte früher in die vertragszahnärztliche Versorgung.“*

Weiters setzt der von Bund, den Ländern und der Sozialversicherung im Rahmen der partnerschaftlichen Zielsteuerung-Gesundheit gemeinsam erarbeitete und beschlossene Österreichische Strukturplan Gesundheit (ÖSG) einen österreichweit verbindlichen Rahmen für die regionale und sektorale Detailplanung der Gesundheitsversorgung. Der ÖSG zielt auf



eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige, möglichst gleichmäßig verteilte und bestmöglich erreichbare Versorgung ab. Er tut dies u.a. mittels Richtwerten hinsichtlich Erreichbarkeit und Dichte für Versorgungsangebote im ambulanten Bereich. Dies gilt auch für die ambulante Versorgung im Fachbereich Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde.

**Parlamentarische Anfrage Nr. 7432/J betreffend Engpässe bei zahnärztlicher Versorgung im Bundesland Vorarlberg**

**Frage 1:** *Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Vorarlberg vorgesehen?*

Nach Auskunft des Dachverbandes gibt es bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) in Vorarlberg 112 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte. Darüber hinaus erfolgt die zahnmedizinische Versorgung durch drei Zahngesundheitszentren der ÖGK in Dornbirn, Bregenz und Feldkirch.

Die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) teilt mit, dass sie generell keinen Stellenplan für Zahnärztinnen und -ärzte führe, weshalb es auch keine Planstellen gebe. Die SVS habe jedoch ein eigenes Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen, wobei die Zahnärztinnen und -ärzte, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, bei der SVS als Vertragsärztinnen bzw. -ärzte geführt werden. Diese Vorgangsweise gelte bundesweit.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

**Frage 2:** *Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Vorarlberg besetzt?*

Bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) sind – der Stellungnahme des Dachverbands zufolge – in Vorarlberg 97 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte besetzt. 15 weitere Planstellen können voraussichtlich zeitnah besetzt werden.

Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS): Wie bereits zur Frage 1 ausgeführt, führt die SVS keinen Stellenplan, hat jedoch ein Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen. Die Zahl der Zahnärztinnen und -ärzte und Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen (Stand Juli 2021).

Bundesland	Zahnärztinnen/Zahnärzte und Kieferorthopädinnen/Kieferorthopäden
Wien	720
Niederösterreich	449
Burgenland	84
Oberösterreich	359
Steiermark	399
Kärnten	198
Salzburg	161
Tirol	198
Vorarlberg	94
<b>Österreich</b>	<b>2.662</b>

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

#### Fragen 3 und 4:

- Sind Ihnen Beschwerden von Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung im Bundesland Vorarlberg bekannt?
- Wenn ja, welcher Art sind diese Beschwerden in diesem Zusammenhang?

Der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) und der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) sind keine Beschwerden von Patientinnen und Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung in Vorarlberg bekannt.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) erhält vereinzelt Beschwerden über Terminprobleme, die zumeist jedoch aufgeklärt werden können. Bei der Versorgung von Schmerzpatientinnen bzw. Schmerzpatienten sind keine Beschwerden bekannt.

Die fachlich zuständige Organisationseinheit des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wurde in den Jahren 2020 und 2021 mit rund zwanzig einschlägigen Einzelanfragen befasst, die sich inhaltlich in erster Linie auf Fragen des Leistungsrechts, insbesondere der Kostenübernahme, beziehen. Eine genaue Zuordnung der bearbeiteten Anfragen zu einem bestimmten Bundesland ist jedoch nicht möglich, weil diese Information nur bei einem Teil der Anfragen bekannt ist. Darüber hinaus

erscheint eine Differenzierung nach Bundesland nach ho. Dafürhalten auch nicht sinnvoll, zumal dies bei einem Großteil der Fälle – nämlich für eine Beurteilung der Kostenübernahme durch den Versicherungsträger – nicht relevant ist.

**Fragen 5 und 6:**

- *Welche Maßnahmen wollen Sie setzten, um die zahnärztliche Versorgung im Bundesland Vorarlberg zu verbessern?*
- *Welche Anreize bieten Sie bzw. Ihr Ministerium, um Zahnarztpraxen im niedergelassenen Bereich im Bundesland Vorarlberg zu besetzen?*

Aus Sicht des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz kann lediglich angemerkt werden, dass es hinsichtlich des niedergelassenen Bereiches in der Ingerenz der Krankenversicherungsträger liegt, im Rahmen der ihnen vom Gesetzgeber, insbesondere hinsichtlich des Vertragsrechtes, eingeräumten Selbstverwaltung ausreichend Versorgungsangebote bereitzustellen sowie Maßnahmen zu setzen und Anreize zu schaffen, um das Interesse der Zahnärztinnen und -ärzte zu wecken, in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger tätig zu sein.

Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) merkt an, dass sie laufend in Kontakt mit der Zahnärztekammer steht, um die Versorgung der Versicherten zu gewährleisten.

Weiters setzt der von Bund, den Ländern und der Sozialversicherung im Rahmen der partnerschaftlichen Zielsteuerung-Gesundheit gemeinsam erarbeitete und beschlossene Österreichische Strukturplan Gesundheit (ÖSG) einen österreichweit verbindlichen Rahmen für die regionale und sektorale Detailplanung der Gesundheitsversorgung. Der ÖSG zielt auf eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige, möglichst gleichmäßig verteilte und bestmöglich erreichbare Versorgung ab. Er tut dies u.a. mittels Richtwerten hinsichtlich Erreichbarkeit und Dichte für Versorgungsangebote im ambulanten Bereich Dies gilt auch für die ambulante Versorgung im Fachbereich Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde.

**Parlamentarische Anfrage Nr. 7433/J betreffend Engpässe bei zahnärztlicher Versorgung im Bundesland Steiermark**

**Frage 1:** *Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Steiermark vorgesehen?*

Nach Auskunft des Dachverbandes gibt es bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) in der Steiermark 381 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte. Darüber hinaus erfolgt die zahnmedizinische Versorgung durch neun Zahngesundheitszentren der ÖGK in Graz, Bruck/Mur, Feldbach, Hartberg, Judenburg, Kapfenberg, Köflach, Mürzzuschlag und Weiz.

Die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) teilt mit, dass sie generell keinen Stellenplan für Zahnärztinnen und -ärzte führe, weshalb es auch keine Planstellen gebe. Die SVS habe jedoch ein eigenes Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen, wobei die Zahnärztinnen und -ärzte, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, bei der SVS als Vertragsärztinnen und -ärzte geführt werden. Diese Vorgangsweise gelte bundesweit.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

**Frage 2:** *Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Steiermark besetzt?*

Bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) sind – der Stellungnahme des Dachverbands zufolge – in der Steiermark 334 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte besetzt. 38 weitere Planstellen können voraussichtlich zeitnah besetzt werden.

Neun Planstellen sind bei der ÖGK aktuell unbesetzt. Es handelt sich dabei um Planstellen, die ausgeschrieben wurden und mindestens ein Quartal unbesetzt geblieben sind und um Planstellen mit pausierten Ausschreibungen (wenn eine Planstelle für längere Zeit nicht besetzt wird, ist es mitunter sinnvoll, dass die Ausschreibung für einen begrenzten Zeitraum pausiert wird). Weitere Bemühungen die Planstelle nachzubesetzen, bleiben aufrecht.

Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS): Wie bereits zur Frage 1 ausgeführt, führt die SVS keinen Stellenplan, hat jedoch ein Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen. Die Zahl der Zahnärztinnen und -ärzte und Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen (Stand Juli 2021).

Bundesland	Zahnärztinnen/Zahnärzte und Kieferorthopädinnen/Kieferorthopäden
Wien	720
Niederösterreich	449
Burgenland	84
Oberösterreich	359
Steiermark	399
Kärnten	198
Salzburg	161
Tirol	198
Vorarlberg	94
<b>Österreich</b>	<b>2.662</b>

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

#### Fragen 3 und 4:

- Sind Ihnen Beschwerden von Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung im Bundesland Steiermark bekannt?
- Wenn ja, welcher Art sind diese Beschwerden in diesem Zusammenhang?

Der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) und der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) sind keine Beschwerden von Patientinnen und Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung in der Steiermark bekannt.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) erhält vereinzelt Beschwerden über Terminprobleme, die zumeist jedoch aufgeklärt werden können. Bei der Versorgung von Schmerzpatientinnen und Schmerzpatienten sind keine Beschwerden bekannt.

Die fachlich zuständige Organisationseinheit des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wurde in den Jahren 2020 und 2021 mit rund zwanzig einschlägigen Einzelanfragen befasst, die sich inhaltlich in erster Linie auf Fragen des Leistungsrechts, insbesondere der Kostenübernahme, beziehen. Eine genaue Zuordnung der bearbeiteten Anfragen zu einem bestimmten Bundesland ist jedoch nicht möglich, weil diese Information nur bei einem Teil der Anfragen bekannt ist. Darüber hinaus

erscheint eine Differenzierung nach Bundesland nach ho. Dafürhalten auch nicht sinnvoll, zumal dies bei einem Großteil der Fälle – nämlich für eine Beurteilung der Kostenübernahme durch den Versicherungsträger – nicht relevant ist.

**Fragen 5 und 6:**

- *Welche Maßnahmen wollen Sie setzten, um die zahnärztliche Versorgung im Bundesland Steiermark zu verbessern?*
- *Welche Anreize bieten Sie bzw. Ihr Ministerium, um Zahnarztpraxen im niedergelassenen Bereich im Bundesland Steiermark zu besetzen?*

Aus Sicht des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz kann lediglich angemerkt werden, dass es hinsichtlich des niedergelassenen Bereiches in der Ingerenz der Krankenversicherungsträger liegt, im Rahmen der ihnen vom Gesetzgeber, insbesondere hinsichtlich des Vertragsrechtes, eingeräumten Selbstverwaltung ausreichend Versorgungsangebote bereitzustellen sowie Maßnahmen zu setzen und Anreize zu schaffen, um das Interesse der Zahnärztinnen und -ärzte zu wecken, in diesem Bereich und in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger tätig zu sein.

Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) merkt diesbezüglich an, dass die Anzahl und die Verteilung der Planstellen in Gesprächen mit der Zahnärztekammer laufend evaluiert und bei Bedarf entsprechende Anpassungen vorgenommen werden. Darüber hinaus steht sie laufend in Kontakt mit der Zahnärztekammer, um die Versorgung ihrer Versicherten zu gewährleisten.

Weiters setzt der von Bund, den Ländern und der Sozialversicherung im Rahmen der partnerschaftlichen Zielsteuerung-Gesundheit gemeinsam erarbeitete und beschlossene Österreichische Strukturplan Gesundheit (ÖSG) einen österreichweit verbindlichen Rahmen für die regionale und sektorale Detailplanung der Gesundheitsversorgung. Der ÖSG zielt auf eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige, möglichst gleichmäßig verteilte und bestmöglich erreichbare Versorgung ab. Er tut dies u.a. mittels Richtwerten hinsichtlich Erreichbarkeit und Dichte für Versorgungsangebote im ambulanten Bereich Dies gilt auch für die ambulante Versorgung im Fachbereich Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde.

**Parlamentarische Anfrage Nr. 7434/J betreffend Engpässe bei zahnärztlicher Versorgung im Bundesland Salzburg**

**Frage 1: Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Salzburg vorgesehen?**

Nach Auskunft des Dachverbandes gibt es bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) in Salzburg 171 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte. Darüber hinaus erfolgt die zahnmedizinische Versorgung durch sechs Zahngesundheitszentren der ÖGK in Salzburg, Hallein, Bischofshofen, Zell am See, Tamsweg und Mittersill.

Die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) teilt mit, dass sie generell keinen Stellenplan für Zahnärztinnen und -ärzte führe, weshalb es auch keine Planstellen gebe. Die SVS habe jedoch ein eigenes Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen, wobei die Zahnärztinnen und -ärzte, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, bei der SVS als Vertragsärztinnen bzw. -ärzte geführt werden. Diese Vorgangsweise gelte bundesweit.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

**Frage 2: Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Salzburg besetzt?**

Bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) sind – der Stellungnahme des Dachverbands zufolge – in Salzburg 151 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte besetzt. Zwei weitere Planstellen können voraussichtlich zeitnah besetzt werden.

18 Planstellen sind bei der ÖGK aktuell unbesetzt. Es handelt sich dabei um Planstellen, die ausgeschrieben wurden und mindestens ein Quartal unbesetzt geblieben sind und um Planstellen mit pausierten Ausschreibungen (wenn eine Planstelle für längere Zeit nicht besetzt wird, ist es mitunter sinnvoll, dass die Ausschreibung für einen begrenzten Zeitraum pausiert wird). Weitere Bemühungen die Planstelle nachzubesetzen, bleiben aufrecht.

Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS): Wie bereits zur Frage 1 ausgeführt, führt die SVS keinen Stellenplan, hat jedoch ein Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen. Die Zahl der Zahnärztinnen und -ärzte und Kieferorthopädinnen bzw. Kieferorthopäden, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen (Stand Juli 2021).



Bundesland	Zahnärztinnen/Zahnärzte und Kieferorthopädinnen/Kieferorthopäden
Wien	720
Niederösterreich	449
Burgenland	84
Oberösterreich	359
Steiermark	399
Kärnten	198
Salzburg	161
Tirol	198
Vorarlberg	94
<b>Österreich</b>	<b>2.662</b>

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

#### Fragen 3 und 4:

- Sind Ihnen Beschwerden von Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung im Bundesland Salzburg bekannt?
- Wenn ja, welcher Art sind diese Beschwerden in diesem Zusammenhang?

Der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) und der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) sind keine Beschwerden von Patientinnen und hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung in Salzburg bekannt.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) erhält vereinzelt Beschwerden über Terminprobleme, die zumeist jedoch aufgeklärt werden können. Bei der Versorgung von Schmerzpatientinnen und Schmerzpatienten sind keine Beschwerden bekannt.

Die fachlich zuständige Organisationseinheit des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wurde in den Jahren 2020 und 2021 mit rund zwanzig einschlägigen Einzelanfragen befasst, die sich inhaltlich in erster Linie auf Fragen des Leistungsrechts, insbesondere der Kostenübernahme, beziehen. Eine genaue Zuordnung der bearbeiteten Anfragen zu einem bestimmten Bundesland ist jedoch nicht möglich, weil diese Information nur bei einem Teil der Anfragen bekannt ist. Darüber hinaus

erscheint eine Differenzierung nach Bundesland nach ho. Dafürhalten auch nicht sinnvoll, zumal dies bei einem Großteil der Fälle – nämlich für eine Beurteilung der Kostenübernahme durch den Versicherungsträger – nicht relevant ist.

**Fragen 5 und 6:**

- *Welche Maßnahmen wollen Sie setzten, um die zahnärztliche Versorgung im Bundesland Salzburg zu verbessern?*
- *Welche Anreize bieten Sie bzw. Ihr Ministerium, um Zahnarztpraxen im niedergelassenen Bereich im Bundesland Salzburg zu besetzen?*

Aus Sicht des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz kann lediglich angemerkt werden, dass es hinsichtlich des niedergelassenen Bereiches in der Ingerenz der Krankenversicherungsträger liegt, im Rahmen der ihnen vom Gesetzgeber, insbesondere hinsichtlich des Vertragsrechtes, eingeräumten Selbstverwaltung ausreichend Versorgungsangebote bereitzustellen sowie Maßnahmen zu setzen und Anreize zu schaffen, um das Interesse der Zahnärztinnen und -ärzte zu wecken, in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger tätig zu sein.

Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) merkt an, dass durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten inzwischen einige unbesetzte Planstellen nachbesetzt werden konnten. Durch den Ausbau ihrer Gesundheitseinrichtungen leistet die ÖGK außerdem einen wesentlichen Beitrag für die zahnärztliche Versorgung in Salzburg. In Bereichen, in denen die Versorgung weder durch niedergelassene Zahnärztinnen und -ärzte noch durch Gesundheitseinrichtungen sichergestellt werden kann, werden alternative Versorgungsformen angedacht – beispielsweise wird die kieferorthopädische Versorgung in der Stadt Salzburg durch ein Zahnambulatorium sichergestellt.

Darüber hinaus werden Anreize dadurch geschaffen, dass die Möglichkeit von zahnärztlichem Jobsharing angeboten wird. Vertragszahnärztinnen bzw. Vertragszahnärzte können unter bestimmten Voraussetzungen (Kinderbetreuung, Erkrankung, Altersteilzeit, Fort- und Weiterbildung, Ausbildung von „Juniorpartner“) bis zu 50 % ihrer vertraglichen Tätigkeit an eine frei gewählte Jobsharing-Partnerin oder einen frei gewählten Jobsharing-Partner übertragen. Das Jobsharing ermöglicht Teilzeitarbeit und integriert jüngere Zahnärztinnen und -ärzte früher in die vertragszahnärztliche Versorgung.

Weiters setzt der von Bund, den Ländern und der Sozialversicherung im Rahmen der partnerschaftlichen Zielsteuerung-Gesundheit gemeinsam erarbeitete und beschlossene Österreichische Strukturplan Gesundheit (ÖSG) einen österreichweit verbindlichen Rahmen für die regionale und sektorale Detailplanung der Gesundheitsversorgung. Der ÖSG zielt auf eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige, möglichst gleichmäßig verteilte und bestmöglich erreichbare Versorgung ab. Er tut dies u.a. mittels Richtwerten hinsichtlich Erreichbarkeit und Dichte für Versorgungsangebote im ambulanten Bereich. Dies gilt auch für die ambulante Versorgung im Fachbereich Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde.

**Parlamentarische Anfrage Nr. 7435/J betreffend Engpässe bei zahnärztlicher Versorgung im Bundesland Niederösterreich**

**Frage 1:** *Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Niederösterreich vorgesehen?*

Nach Auskunft des Dachverbandes gibt es bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) in Niederösterreich 465 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte. Darüber hinaus erfolgt die zahnmedizinische Versorgung durch zwölf Zahngesundheitszentren der ÖGK in Amstetten, Baden, Gänserndorf, Gmünd, Krems, Mistelbach, Mödling, Neunkirchen, Schwechat, St. Pölten, Tulln und Wiener Neustadt.

Die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) teilt mit, dass sie generell keinen Stellenplan für Zahnärztinnen und -ärzte führe, weshalb es auch keine Planstellen gebe. Die SVS hat jedoch ein eigenes Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen, wobei die Zahnärztinnen und -ärzte, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, bei der SVS als Vertragsärztinnen bzw. -ärzte geführt werden. Diese Vorgangsweise gilt bundesweit.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

**Frage 2:** *Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Niederösterreich besetzt?*

Bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) sind – der Stellungnahme des Dachverbands zufolge – in Niederösterreich 434,5 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte besetzt. 18,5 weitere Planstellen können voraussichtlich zeitnah besetzt werden.

Zwölf Planstellen sind bei der ÖGK aktuell unbesetzt. Es handelt sich dabei um Planstellen, die ausgeschrieben wurden und mindestens ein Quartal unbesetzt geblieben sind und um Planstellen mit pausierten Ausschreibungen (wenn eine Planstelle für längere Zeit nicht besetzt wird, ist es mitunter sinnvoll, dass die Ausschreibung für einen begrenzten Zeitraum pausiert wird). Weitere Bemühungen die Planstelle nachzubesetzen, bleiben aufrecht.

Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS): Wie bereits zur Frage 1 ausgeführt, führt die SVS keinen Stellenplan, hat jedoch ein Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen. Die Zahl der Zahnärztinnen und Zahnärzte und Kieferorthopädinnen bzw. Kieferorthopäden, die eine entsprechende

Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen (Stand Juli 2021).

Bundesland	Zahnärztinnen/Zahnärzte und Kieferorthopädinnen/Kieferorthopäden
Wien	720
Niederösterreich	449
Burgenland	84
Oberösterreich	359
Steiermark	399
Kärnten	198
Salzburg	161
Tirol	198
Vorarlberg	94
<b>Österreich</b>	<b>2.662</b>

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

#### Fragen 3 und 4:

- Sind Ihnen Beschwerden von Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung im Bundesland Niederösterreich bekannt?
- Wenn ja, welcher Art sind diese Beschwerden in diesem Zusammenhang?

Der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) und der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) sind keine Beschwerden von Patientinnen und Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung in Niederösterreich bekannt.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) erhält vereinzelt Beschwerden über Terminprobleme, die zumeist jedoch aufgeklärt werden können. Bei der Versorgung von Schmerzpatientinnen bzw. Schmerzpatienten sind keine Beschwerden bekannt.

Die fachlich zuständige Organisationseinheit des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wurde in den Jahren 2020 und 2021 mit rund zwanzig einschlägigen Einzelanfragen befasst, die sich inhaltlich in erster Linie auf Fragen des Leistungsrechts, insbesondere der Kostenübernahme, beziehen. Eine genaue

Zuordnung der bearbeiteten Anfragen zu einem bestimmten Bundesland ist jedoch nicht möglich, weil diese Information nur bei einem Teil der Anfragen bekannt ist. Darüber hinaus erscheint eine Differenzierung nach Bundesland nach ho. Dafürhalten auch nicht sinnvoll, zumal dies bei einem Großteil der Fälle – nämlich für eine Beurteilung der Kostenübernahme durch den Versicherungsträger – nicht relevant ist.

#### **Fragen 5 und 6:**

- *Welche Maßnahmen wollen Sie setzen, um die zahnärztliche Versorgung im Bundesland Niederösterreich zu verbessern?*
- *Welche Anreize bieten Sie bzw. Ihr Ministerium, um Zahnarztpraxen im niedergelassenen Bereich im Bundesland Niederösterreich zu besetzen?*

Aus Sicht des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz kann lediglich angemerkt werden, dass es hinsichtlich des niedergelassenen Bereiches in der Ingerenz der Krankenversicherungsträger liegt, im Rahmen der ihnen vom Gesetzgeber, insbesondere hinsichtlich des Vertragsrechtes, eingeräumten Selbstverwaltung ausreichend Versorgungsangebote bereitzustellen sowie Maßnahmen zu setzen und Anreize zu schaffen, um das Interesse der Zahnärztinnen und -ärzte zu wecken, in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger tätig zu sein.

Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) merkt an, dass Ausschreibungen von offenen Planstellen seit ungefähr einem Jahr umfangreicher verlautbart werden. Neben einer Veröffentlichung auf der Homepage der Landes Zahnärztekammer wird die Ausschreibung auch auf der Homepage der ÖGK bekanntgemacht. Zusätzlich werden bei erstmaligen Ausschreibungen von offenen Planstellen die jeweiligen Gemeinden verständigt und um Unterstützung bei der Suche nach potentiellen Bewerberinnen und Bewerbern ersucht.

Anreize werden dadurch geschaffen, dass die Möglichkeit von zahnärztlichem Jobsharing angeboten wird. Vertrags Zahnärztinnen bzw. Vertrags Zahnärzte können unter bestimmten Voraussetzungen (Kinderbetreuung, Erkrankung, Altersteilzeit, Fort- und Weiterbildung, Ausbildung von „Juniorpartner“) bis zu 50 % ihrer vertraglichen Tätigkeit an eine frei gewählte Jobsharing-Partnerin oder einen frei gewählten Jobsharing-Partner übertragen. Das Jobsharing ermöglicht Teilzeitarbeit und integriert jüngere Zahnärztinnen und -ärzte früher in die vertrags Zahnärztliche Versorgung.

Außerdem werden im Einvernehmen mit der Landes Zahnärztekammer Alternativausschreibungen von unbesetzten Planstellen (Wahlmöglichkeit beim

Ordinationssitz) durchgeführt oder eine Halbierung von Planstellen durch die Reduktionen von Mindestordinationszeiten vorgenommen.

Weiters setzt der von Bund, den Ländern und der Sozialversicherung im Rahmen der partnerschaftlichen Zielsteuerung-Gesundheit gemeinsam erarbeitete und beschlossene Österreichische Strukturplan Gesundheit (ÖSG) einen österreichweit verbindlichen Rahmen für die regionale und sektorale Detailplanung der Gesundheitsversorgung. Der ÖSG zielt auf eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige, möglichst gleichmäßig verteilte und bestmöglich erreichbare Versorgung ab. Er tut dies u.a. mittels Richtwerten hinsichtlich Erreichbarkeit und Dichte für Versorgungsangebote im ambulanten Bereich. Dies gilt auch für die ambulante Versorgung im Fachbereich Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde.

**Parlamentarische Anfrage Nr. 7436/J betreffend Engpässe bei zahnärztlicher Versorgung im Bundesland Burgenland**

**Frage 1:** *Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Burgenland vorgesehen?*

Nach Auskunft des Dachverbandes gibt es bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) im Burgenland 74 Planstellen für Zahnärztinnen und -ärzte. Darüber hinaus erfolgt die zahnmedizinische Versorgung durch ein Vertragsinstitut und das Zahngesundheits-zentrum der ÖGK in Eisenstadt.

Die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) teilt mit, dass sie generell keinen Stellenplan für Zahnärztinnen und -ärzte führe, weshalb es auch keine Planstellen gebe. Die SVS habe jedoch ein eigenes Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen, wobei die Zahnärztinnen und -ärzte, die eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, bei der SVS als Vertragsärztinnen bzw. -ärzte geführt werden. Diese Vorgangsweise gelte bundesweit.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

**Frage 2:** *Wie viele Planstellen für Zahnärzte sind im Bundesland Burgenland besetzt?*

Bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) sind – der Stellungnahme des Dachverbands zufolge – im Burgenland derzeit 72 Planstellen für Zahnärztinnen und Vertragszahnärzte besetzt. Eine weitere Planstelle wird durch ein Verrechnungsübereinkommen versorgt.

Eine Planstelle ist bei der ÖGK aktuell unbesetzt. Unbesetzte Planstellen sind solche Planstellen, die ausgeschrieben wurden und mindestens ein Quartal unbesetzt geblieben sind und Planstellen mit pausierten Ausschreibungen (wenn eine Planstelle für längere Zeit nicht besetzt wird, ist es mitunter sinnvoll, dass die Ausschreibung für einen begrenzten Zeitraum pausiert wird). Weitere Bemühungen die Planstelle nachzubesetzen, bleiben aufrecht.

Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS): Wie bereits zur Frage 1 ausgeführt, führt die SVS keinen Stellenplan, hat jedoch ein Verrechnungsübereinkommen mit der Zahnärztekammer abgeschlossen. Die Zahl der Zahnärztinnen und -ärzte und Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden, die eine entsprechende



Verpflichtungserklärung unterfertigt haben, ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen (Stand Juli 2021).

Bundesland	Zahnärztinnen/Zahnärzte und Kieferorthopädinnen/Kieferorthopäden
Wien	720
Niederösterreich	449
Burgenland	84
Oberösterreich	359
Steiermark	399
Kärnten	198
Salzburg	161
Tirol	198
Vorarlberg	94
<b>Österreich</b>	<b>2.662</b>

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) verweist ihrerseits auf die Zahlen der ÖGK.

#### Fragen 3 und 4:

- Sind Ihnen Beschwerden von Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung im Bundesland Burgenland bekannt?
- Wenn ja, welcher Art sind diese Beschwerden in diesem Zusammenhang?

Der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) und der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) sind keine Beschwerden von Patientinnen und Patienten hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung im Burgenland bekannt.

Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) erhält vereinzelt Beschwerden über Terminprobleme, die zumeist jedoch aufgeklärt werden können. Bei der Versorgung von Schmerzpatientinnen und Schmerzpatienten sind keine Beschwerden bekannt.

Die fachlich zuständige Organisationseinheit des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wurde in den Jahren 2020 und 2021 mit rund zwanzig einschlägigen Einzelanfragen befasst, die sich inhaltlich in erster Linie auf Fragen

des Leistungsrechts, insbesondere der Kostenübernahme, beziehen. Eine genaue Zuordnung der bearbeiteten Anfragen zu einem bestimmten Bundesland ist jedoch nicht möglich, weil diese Information nur bei einem Teil der Anfragen bekannt ist. Darüber hinaus erscheint eine Differenzierung nach Bundesland nach ho. Dafürhalten auch nicht sinnvoll, zumal dies bei einem Großteil der Fälle – nämlich für eine Beurteilung der Kostenübernahme durch den Versicherungsträger – nicht relevant ist.

#### **Fragen 5 und 6:**

- *Welche Maßnahmen wollen Sie setzten, um die zahnärztliche Versorgung im Bundesland Burgenland zu verbessern?*
- *Welche Anreize bieten Sie bzw. Ihr Ministerium, um Zahnarztpraxen im niedergelassenen Bereich im Bundesland Burgenland zu besetzen?*

Aus Sicht des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz kann lediglich angemerkt werden, dass es hinsichtlich des niedergelassenen Bereiches in der Ingerenz der Krankenversicherungsträger liegt, im Rahmen der ihnen vom Gesetzgeber, insbesondere hinsichtlich des Vertragsrechtes, eingeräumten Selbstverwaltung ausreichend Versorgungsangebote bereitzustellen sowie Maßnahmen zu setzen und Anreize zu schaffen, um das Interesse der Zahnärztinnen und -ärzte zu wecken, in diesem Bereich und in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger tätig zu sein.

Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) merkt an, dass eine flächendeckende zahnärztliche Versorgung im Burgenland sichergestellt ist. Es sind daher keine weiteren Maßnahmen in Planung.

Anreize werden dadurch geschaffen, dass die Möglichkeit von zahnärztlichem Jobsharing angeboten wird. Vertragszahnärztinnen und Vertragszahnärzte können unter bestimmten Voraussetzungen (Kinderbetreuung, Erkrankung, Altersteilzeit, Fort- und Weiterbildung, Ausbildung von „Juniorpartner“) bis zu 50 % ihrer vertraglichen Tätigkeit an eine frei gewählte Jobsharing-Partnerin oder einen frei gewählten Jobsharing-Partner übertragen. Das Jobsharing ermöglicht Teilzeitarbeit und integriert jüngere Zahnärztinnen und -ärzte früher in die vertragszahnärztliche Versorgung.

Weiters setzt der von Bund, den Ländern und der Sozialversicherung im Rahmen der partnerschaftlichen Zielsteuerung-Gesundheit gemeinsam erarbeitete und beschlossene Österreichische Strukturplan Gesundheit (ÖSG) einen österreichweit verbindlichen Rahmen

für die regionale und sektorale Detailplanung der Gesundheitsversorgung. Der ÖSG zielt auf eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige, möglichst gleichmäßig verteilte und bestmöglich erreichbare Versorgung ab. Er tut dies u.a. mittels Richtwerten hinsichtlich Erreichbarkeit und Dichte für Versorgungsangebote im ambulanten Bereich. Dies gilt auch für die ambulante Versorgung im Fachbereich Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Mückstein

